

Newsletter vom 15. November 2026

Inhalt

Es braucht eine Renaissance wirksamer Pädagogik....1
12. November 2026, Hanspeter Amstutz....1
Entmachtung der Schulpflege – Teil 1....4
Inside Paradeplatz, 4. November 2026, Esther Ziegler....4
Politik hat Bildung aus den Händen gegeben: Teil 2....5
Inside Paradeplatz, 5. November 2026, Esther Ziegler....5
Schulleitungen – Bürde oder Stütze?....7
1. November 2026, Anton Zangerl....7
Zürich will Lehrkräfte ohne Diplom bis zu drei Jahre unterrichten lassen....9
Tages-Anzeiger online, 9. November 2026....9
Alles, was Schüler über KI wissen sollten....10
NZZ, 12. November 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach....10
Veranstaltungshinweis....12
Lernen in Beziehungen –Das Gehirn als Beziehungsorgan....12
Mittwoch,9. Dezember, 2026 , 18:30 – 20:30, Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft....12

Es braucht eine Renaissance wirksamer Pädagogik

12. November 2026, Hanspeter Amstutz

Zwei verlorene kantonale Abstimmungen über die Entlastung von Lehrkräften bedeuten nicht, dass das Anliegen der Lehrerverbände aus der Luft gegriffen war. Doch der Hebel wurde am falschen Ort eingesetzt. Statt endlich all den Ballast der gescheiterten didaktischen Konzepte und massloser Individualisierungswünsche über Bord zu werfen, sollte noch mehr Geld ins Schulsystem fliessen. Das hat das Stimmvolk nicht goutiert.

Wir haben in den Schweizer Schulen keine Zustände wie in Frankreich, wo in vielen Quartieren die Schulhäuser verlottern und das Lehrpersonal arg frustriert ist. Unsere Schüler kennen keine chronischen Stundenausfälle und es käme ihnen nie in den Sinn, für mehr Schulunterricht auf der Strasse zu demonstrieren. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern sind unsere Schulen materiell und personell geradezu luxuriös ausgestattet. Dennoch besteht kein Grund zur Zufriedenheit, denn die Schulleistungen entsprechen nicht den Erwartungen einer solid finanzierten Volksschule.

EDK und pädagogische Hochschulen sind klare Antworten schuldig

Als erstes gilt es den überladenen Lehrplan gründlich zu entschlacken. Es braucht jetzt die Entschlossenheit, die zweite Fremdsprache aus der Primarschule zu kippen und gesellschaftliche Wunschprogramme drastisch zu reduzieren. Und das Dogma von der unbedingten Integration aller in die Regelklassen ist im Kübel der gescheiterten Reformen zu entsorgen. Es ist keinesfalls vermessen, von der seit Wochen stummen Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz klare Antworten zu den drängendsten Fragen zu verlangen und bildungspolitische Ausweichmanöver zurückzuweisen.

Doch das ist erst die eine Hälfte der Aufräumarbeit. Für den zweiten Schritt braucht es ein Umdenken an den Pädagogischen Hochschulen in grundsätzlichen didaktischen Fragen. Es geht dabei vor allem um die Wiederentdeckung des intensiven Übens. Das bedeutet, dass dem geführten Lerntraining in der Volksschule wieder viel mehr Zeit eingeräumt werden muss. Es genügt nicht, wenn während zehn Minuten in einer gemeinsamen Instruktionsphase eine Lektion eingeleitet wird und danach das Üben in der eher lockeren Form des Lernens in verschiedenen Gruppen stattfindet.

Die Intensität des Übens ist zentral für den Schulerfolg

Üben hat eine ganz andere Qualität, wenn eine Klassenlehrerin in der wichtigen Phase des Anwendens neuer Erkenntnisse gut sichtbar eine gemeinsame Übungssequenz leitet. Sie fordert mit fairen Ansprüchen und der nötigen freundlichen Strenge. Sie zeigt Geduld, wenn Lernprozesse stocken. Sie weiss aus Erfahrung, wo die Schüler bei zentralen Denkschritten didaktische Hilfestellungen brauchen. Sie ermutigt, sie greift allenfalls korrigierend ein und sie freut sich mit den Schülern über den Trainingserfolg. Sie akzeptiert ihre Rolle, in den Augen der Schüler eine vertrauenswürdige Autorität zu sein. Was sie macht, wird von allen registriert und bewirkt in der Regel mehr als eine sich verzettelnde Lernbegleitung einzelner Schülerinnen und Schüler.

Unsere Schulen leiden häufig an einem Mangel an Intensität beim Üben. Mitschuldig an dieser Entwicklung ist die unsinnige Abwertung des gemeinsamen Klassenunterrichts in modischen didaktischen Strömungen. Dabei verlangt das gemeinsame Lernen die volle Präsenz einer Lehrkraft und erfordert viel didaktisches Geschick. Die abwertende Bezeichnung «Frontalunterricht» wird dieser Herausforderung in keiner Weise gerecht. Die aktuelle Tendenz, die Schüler zu früh und zu lange in Gruppen teils unbegleitet trainieren zu lassen, hilft nicht mit, die Übungsintensität hochzuhalten. Die ungenügenden Deutschresultate im schriftlichen Ausdruck vieler Schüler stehen durchaus in einem Zusammenhang mit einer schwachen Führung im Übungsbereich und im Vernachlässigen verbindlicher Korrekturarbeiten.

Lückenhafte Einblicke in die tägliche Arbeit der Lehrkräfte

In ihrem ersten Beitrag setzt sich Esther Ziegler mit der Arbeit der heutigen Schulpflegen auseinander. Die Autorin kommt zum Schluss, dass die Schulpflegen als Folge der Einführung von Schulleitungen in pädagogischen Fragen nicht mehr viel zu sagen haben. Die Zahl der Schulbesuche von Schulpflegmitgliedern wurde drastisch reduziert und ihre Kommentare haben bei der Lehrerbeurteilung wenig Gewicht. Waren früher die Schulpfleger noch imstande, den Lernfortschritt der Schüler in den ihnen zugeteilten Klassen gut festzustellen, ist dies heute kaum noch möglich. Diese Aufgabe

übernehmen aktuell die unter chronischem Zeitmangel leidenden Schulleitungen. In manchen Schulen geschieht dieses Überprüfen mehr schlecht als recht.

Lehrkräfte dürfen erwarten, dass man unvoreingenommen auf ihre tägliche Arbeit schaut. Verstehen die Schüler die Instruktionen der Lehrerin? Sind die Schüler beim Üben voll dabei? Wie sehen die schriftlichen Arbeiten aus und werden die Aufsätze auch korrigiert? Und schafft es ein Lehrer, im Verlauf eines Morgens auch Höhepunkte in Form spannender Lektionen zu schaffen? Dass all diese Fragen vor lauter Reformen stark in den Hintergrund getreten sind, ist pädagogisch gesehen ein Debakel.

Die Politik hat zu wenig Einfluss auf den Kurs der Pädagogischen Hochschulen

In ihrem zweiten Beitrag äussert sich Esther Ziegler zur störenden Eigenwilligkeit der Pädagogischen Hochschulen. Sie hält fest, dass die Bildungspolitik der letzten Jahre höchst umstrittene Lernkonzepte oft kritiklos akzeptierte und sich wenig um grundsätzliche Fragen der inneren Schulentwicklung kümmerte. Dabei hätte man allen Grund, die Lehrtätigkeit mancher Dozierender an den PHs etwas genauer anzuschauen.

Wenn Selbstlernkonzepte als das Mass aller Dinge bezeichnet werden und Lehrerinnen zu Begleiterinnen degradiert werden, ist das ein massiver Eingriff in unsere bisherige Schulkultur. Es darf doch den verantwortlichen Bildungspolitikern nicht egal sein, wenn didaktisch einseitig ausgebildete Studienabgänger beim Schulstart sehr viel Lehrgeld bezahlen müssen. Dabei sind längst gute Vorschläge auf dem Tisch, wie die Lehrerbildung umgestaltet werden könnte. Dazu gehört die allseits akzeptierte Forderung, dass die Fachdidaktiken an den PHs in die Hände erfolgreicher Volksschullehrer gelegt werden müsse.

Weitere Schulthemen der letzten zwei Wochen

- Der ehemalige Primarlehrer und Lehrmittelautor Anton Zangerl äussert sich in einem Leserbrief kritisch über die Funktion der Schulleitungen. Der Text ergänzt Esther Zieglers Beitrag auf eindrückliche Weise.
- Es war zu erwarten, dass die Begrenzung der Lehrtätigkeit auf ein Jahr am gleichen Ort bei den «Poldis» (Lehrer ohne Ausbildung) zu Diskussionen führen würde. Jetzt hat sich der Zürcher Kantonsrat nach der ersten Lesung mehrheitlich für eine Verlängerung auf drei Jahre ausgesprochen.
- Dass die KI auch bei unseren Volksschülern bereits eine nicht unbedeutende Rolle spielt, wird niemanden überraschen. Zu verlockend sind für viele die Aussicht, mit Hilfe von KI pfannenfertige Informationen zu erhalten oder sich gar Aufsätze schreiben zu lassen. Das Schuldepartement der Stadt Zürich stellt nun eine durchaus ansprechende App über den sinnvollen Einsatz von KI und deren Risiken den Schülern zur Verfügung.

Entmachtung der Schulpflege – Teil 1

Inside Paradeplatz, 4. November 2026, Esther Ziegler

Die Politik hat die Bildung aus den Händen gegeben. Ob ein Lehrer etwas taugt, entscheidet allein die Schulleitung.

Nach wie vor trägt die Politik die Verantwortung für die Bildung in der Schweiz, das heisst vom Volk gewählte Politiker auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene. Im Idealfall wäre die Schule ein Spiegelbild der politischen Haltungen und Strömungen in der Bevölkerung, und die Schüler würden die Bildung erhalten, welche die Mehrheit für ihre Kinder wünscht.

Heute ist es anders. Die Schulleitungen regieren, sie stellen die Lehrer ein und bestimmen, wie an ihrer Schule unterrichtet werden muss. Die Politik schaut zu und kann nur noch staunen, wie sich die Schulen total verselbständigt haben und sich nicht mehr hineinreden lassen. Mir scheint, dass dies fast unbemerkt über die Bühne ging und sich die Folgen erst jetzt, Jahre später, in ihrer Tragweite zeigen.

Als junge Primarlehrerin wurde ich seinerzeit noch direkt von der Schulpflege eingestellt, dann besucht und beurteilt. Einmal pro Jahr bekam man sogar Visite von der Bezirksschulpflege. Solche Besuche erfolgten zum Teil auch unangekündigt. Die Politiker alias Schulpfleger tauchten jedes Jahr zwei bis dreimal auf, blätterten in den Heften der Schüler, beurteilten den Lernstand der Kinder und prüften die Disziplin im Klassenzimmer. Somit erfüllten sie eine wichtige Funktion der Aufsicht und Qualitätssicherung.

Später erhielt man den Bericht mit der Bewertung zugestellt; kompakt auf einer einzigen Seite wurde Folgendes bewertet: Beurteilung des Unterrichts, Unterrichtserfolg, Stand der Klasse, Erziehung und Disziplin, dazu den Zustand der Schulräume und Ausstattung der Schule.

Ab 2003 begann man in Zürich Schulleitungen einzusetzen und entsprechend die Schulpflegen nach und nach zu marginalisieren. Die definitive Entmachtung der Schulpflege erlebte ich dann hautnah mit, und zwar während der Coronazeit, in der ich an einer Schule zwei Jahre lang ein kleines Pensum unterrichtete. Wurde ich 2020 für das MAB (Mitarbeiterbeurteilung) noch von zwei Schulpflegerinnen und der Schulleiterin besucht und beurteilt, übernahm dies anschliessend vollständig die Schulleitung. Per 1. August 2021 wurden nämlich im Kanton Zürich die Schulpflegen aus den MAB ausgeschlossen. Seither stellen diese lediglich noch die Schulleiter ein.

Formal fungiert die Schulpflege immer noch als Arbeitgeber für die Anstellung der Lehrer, diese werden allerdings von den Schulleitungen ausgewählt und geführt. Die neue Rolle der Schulpflege trägt das trügerische Etikett „Gesamtverantwortung für die Führung der Schule“, was den Anschein erweckt, dass die Schulpflege an der Führung beteiligt wäre. Die eigentliche Führungsrolle jedoch erhielten die Schulleitungen, welche die Lehrer auswählen, auch de facto einstellen und später beurteilen. Der Schulpflege bleiben nebensächliche Dinge wie die strategische Planung oder das Festlegen von formalen und inhaltlichen Rahmenbedingungen – was viele Sitzungen und Papierberge bedeutet, aber für das Kerngeschäft der Schule an der Front absolut unbedeutend ist. Schulpfleger sollen zwar noch Schulklassen besuchen, dieses Besuche sind jedoch an Belanglosigkeit nicht zu überbieten. Anstatt Beurteilungen gibt es nun Beobachtungsaufträge, die nicht einmal in schriftli-

cher Form festgehalten werden und denen niemand nachfragt. Ohne Beurteilung ist die Schulpflege nur noch Kosmetik, ohne Gewicht, ja fast lächerlich.

Eine diesen Frühling neugewählte Schulpflegerin, engagierte Mutter und renommierte Anwältin, berichtete, sie hätten null Möglichkeiten etwas zu bewirken, es sei nur eine Abnickgeschichte, was sie nicht lange mitmachen werde. „Alles nur noch ein Papiertiger!“, fasste eine andere zusammen.

Welche Chance wäre es, wenn bestandene Berufsleute sich in der Schule einbringen, wie schade, wenn dies selbst bei Schulpflegern gar nicht mehr vorgesehen ist. Die Schulleiter regieren und bestimmen, was an den Schulen läuft. Die Politiker werden aussen vor gelassen und haben praktisch keine Möglichkeit mehr, in irgendeiner Weise Einfluss zu nehmen, obwohl dies ja immer noch in ihrer Verantwortung liegen würde.

Viele Schulleiterinnen und Schulleiter, die ich kenne, sind ein Segen für die Schulen, weil sie engagiert und vernünftig agieren. Zahlreiche andere Schulleitungen folgen eigenen Ideologien, was sie ja auch, ausgestattet mit viel Macht, dürfen. Nicht wenige beherzigen leistungsfeindliche und inklusive Ideologien, die dem qualitativen Niveau der Schulen schaden und nicht das ist, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Allerdings wird es für die Politik schwierig werden, die effektive Hoheit über Inhalt und Qualität der Bildung zurückzuerhalten.

Meiner Meinung nach müssten die Schulleitungen wieder entmachtet werden und Einstellung und Aufsicht der Lehrer und die Qualitätssicherung des Unterrichts an die Politiker respektive die Schulpfleger zurückgehen. Anstatt Schulleitungen würde ich eine Rückkehr zum Modell des Schulhausvorstandes vorschlagen, sozusagen erfahrene Lehrer als Primus inter Pares mit besonderen Aufgaben, aber ohne Weisungsbefugnis gegenüber den Lehrerkollegen. Deren Hauptaufgabe wäre auch das Unterrichten, aber daneben würden sie finanziell entschädigt oder zeitlich entlastet für gewisse organisatorische und administrative Aufgaben, die an einer Schule anfallen und die Lehrerkollegen an der Front entlasten.

So war es früher und hat ganz gut funktioniert. Es würde die Lehrer nicht nur aus der totalen Abhängigkeit zur Schulleitung befreien, sondern ihnen auch die ihnen eigentlich immer noch zustehende Lehrfreiheit und direkte pädagogische Verantwortung für den Unterricht zurückgeben. Und die Beurteilung wäre zurück bei den Schulpflegen, welche politisch die Haltungen der Bevölkerung abdecken. Als erwünschter Nebeneffekt würde man so das Bildungssystem massiv verschlanken und verbilligen. Ich kann nur an die Politiker appellieren: Holt euch die Bildung zurück!

Politik hat Bildung aus den Händen gegeben: Teil 2

Inside Paradeplatz, 5. November 2026, Esther Ziegler

Pädagogische Hochschulen lassen sich von den Politikern nicht mehr dreinreden: Wer die Dozenten einstellt, steuert, was an den Schulen läuft.

Nicht nur an den Volkschulen (Teil 1) bleiben die Politiker aussen vor, auch an den Pädagogischen Hochschulen (PHs) spielen diese heutzutage höchstens noch eine Nebenrolle, die zweite Garde.

Früher unterstanden die Lehrerausbildungsstätten direkt den kantonalen Behörden, das heisst, nicht nur Direktoren, sondern auch Dozenten wurden direkt durch die kantonalen Regierungen oder deren Vertreter gewählt. Also durch Politiker, welche die Mehrheit in der Bevölkerung abbilden. Diese übten auch die Aufsicht aus, beispielsweise über Lehrpläne, Disziplin und Abschlussprüfungen der angehenden Lehrer. Heute regieren die Rektoren und Prorektoren der PHs, Hochschulleitung genannt, selber mit viel Macht, hauptsächlich über die direkte Einstellung von Dozenten. Ebenso bestimmen sie über die Zulassungen von Studenten, über Inhalte und Abschlussprüfungen. Damit verfügen sie über eine massive Einflussmöglichkeit, wie später an Schulen unterrichtet wird.

Studenten mit politischen Haltungen, die den Dozenten und der Hochschulleitung nicht passen, riskieren sogar, keinen Abschluss machen zu können, selbst wenn ihre Meinung von einer Mehrheit im Kanton geteilt wird. Vor einigen Jahren hielt Professor Roland Reichenbach an der PH Zug, eingeladen vom Klett und Balmer Verlag, einen Vortrag über Autorität, Macht und Vertrauen in der Erziehung. Unter anderem referierte Reichenbach über den Lehrer als „Meister“, der viel wisse, den Schülern vorausgehe und anleite, wie es geht. Pädagogische Autorität ziele zwar darauf hin, dass Schüler selbständig werden, aber weil sie davor viel gelernt und gute Gewohnheiten gebildet haben. Ich sass im Publikum und stimmte ihm innerlich in allen Punkten zu. In der Fragerunde meldete sich ein PH-Student, der auch beeindruckt war, aber anmerkte, dass er mit so einer Haltung morgen an der PH bei seinem fiktiven Bewerbungsgespräch durchfallen würde. Tatsächlich wurde beim Apéro im Gespräch mit ein paar Dozenten schnell deutlich, dass ihnen Reichenbachs Vortrag missfallen hatte.

Die Politik schaut zu und kann nur noch staunen, wie sich die Pädagogischen Hochschulen total verselbständigt haben und sich fachlich und inhaltlich nicht mehr hineinreden lassen. Zehn Jahre lang sass ich, damals Oberassistentin in der Lehr- und Lernforschung an der ETH, im bürgerlich geprägten Hochschulrat der PH Zug mit viel politischer Prominenz. Nach anfänglicher Euphorie darüber, etwas für eine gute Lehrerausbildung beitragen zu können, musste ich feststellen, dass wir lediglich bei ein paar politisch-strategischen Entscheidungen mitbestimmen durften. Zwar heisst das Gremium vornehm „Hochschulrat“, es hat aber keinen Einfluss auf die Qualität und die Inhalte der Lehrerausbildung, wie das früher der Fall war. Dies wäre jedoch wichtig, wenn die Politik gemäss den Mehrheiten in der Bevölkerung steuern möchte, wohin sich die Schule entwickeln soll. Zwar durften wir als Hochschulrat neue Mitglieder der Hochschulleitung einstellen, wie zum Beispiel eine neue Rektorin und einen Leiter der Verwaltung. Diese versuchten uns im Auswahlverfahren auch zu gefallen. In der Realität handeln diese dann völlig autonom und stellen nach eigenem Gusto und Ideologie ihre Dozenten ein, über die sie später auch selber die Aufsicht ausüben und sie beurteilen.

Dem Hochschulrat bleiben neben der Wahl des Rektorates lediglich ein paar strategische Stellschrauben, wie zum Beispiel Studienprogramme, Budget, Reglemente, Absegnung der Erhebung von Dozenten zu Professoren, dazu viel Qualitätssicherungs-Blabla und theoretisches Geplänkel. Dies alles hat nur wenig Auswirkung auf die inhaltliche Ausbildung, welche angehende Lehrer an der PH erhalten.

Nebst der schönen Erfahrung, vom Regierungsrat gewählt, in einem wichtigen Gremium zu sitzen und mit sympathischen Hochschulratskollegen auszutauschen, war es inhaltlich eine grosse Enttäu-

schung. Erstaunt bin ich nicht so sehr, dass die Politik die Bildung aus den Händen gegeben hat, sondern dass sie zu wenig versucht, diese wieder zurück an die Zügel zu nehmen und damit die ihr zustehende Verantwortung für die Bildung auch ausüben zu können.

Der Grund für das sinkende Leistungsniveau an Schulen liegt nicht allein am Lehrplan, am Frühfranzösisch oder an den vielen fremdsprachigen Kindern, sondern die Lehrer werden schlichtweg zu leistungsfeindlich ausgebildet. Neun Jahre intensiver Unterricht müssten nämlich reichen, um auch bei Kindern mit schwächeren Ausgangsvoraussetzungen eine gute Grundlage zu legen.

Meiner Meinung nach wäre der wichtigste Punkt, dass die verantwortlichen politischen Gremien die Dozenten wieder selber einstellen, beaufsichtigen und beurteilen würden. Das würde Vorschläge seitens der PHs ja nicht ausschliessen. Auf jeden Fall liessen sich an diversen PHs so einige Missstände beheben – mit positiven Auswirkungen weit in die Schulen hinein.

Schulleitungen – Bürde oder Stütze?

1. November 2026, Anton Zangerl

In der Debatte um unsere Volksschulen und unsere Schulen insgesamt stehen stets die Lehrerinnen und Lehrer im Brennpunkt der Kritik. Das muss sich ändern, denn im Hintergrund sind oft unterrichtsferne Schulleitungen am Werk, die ihre Lehrkräfte nicht unterstützen, sondern noch mit kontraproduktiven Zusatzaufgaben belasten.

Schulleitungen zu Unrecht ausserhalb der Kritik

Immerfort dreht sich die Diskussion um die Lehrkräfte und ihre zunehmende Belastung von allen Seiten – von der verhaltensauffälligen Schülerschaft, von beratungsresistenten und besserwisserischen Eltern sowie durch permanente mediale Ablenkung und Zerstreuung. Das ist zwar zutreffend, beleuchtet aber nur einen Teil der Wahrheit. Etwas Wesentliches wird ausgeblendet: der Anteil, den übereifrige und praxisferne Schulleitungen selbst an dieser Gemengelage haben. Denn sie sind in einer Schlüsselposition und könnten vereint das Bildungssystem nachhaltig beeinflussen – wenn sie denn wollten. Die Frage ist nur: Wer hat in diesen Zirkeln den Mut, auch dezidiert nein zu sagen, wenn es darum geht, nicht noch mehr verordnete «Impulse» umzusetzen für noch mehr «qualitätssichernde» und zeitraubende «Pilotprojekte»?

Nicht diejenige Schulleitung ist die beste, die alle Vorgaben der Schulverwaltung buchstaben- und obrigkeitsgetreu umsetzt, sondern die, die selbstlos und mutig die Spreu vom Weizen trennt, was Relevanz und Zumutbarkeit im schulischen Alltag angeht. Kurz: eine Schulleitung mit Rückgrat, die nicht gegen ihre Lehrerschaft, sondern für sie eintritt und sich mit ihr identifiziert.

Möglich wird dies nur, wenn die Leitungsebene den Draht zur Basis nicht verliert und wenn ihre Mitglieder selber noch unterrichten. So betreffen die Vorgaben auch sie selber, und sie können praxisnah einschätzen, was Sinn macht und was bloss ein kostspieliger amtlicher Rohrkrepierer ist.

Ich spreche aus eigener langjähriger Erfahrung «an der Front»: Sowohl an einer Zürcher Kantonsschule sowie an einer kantonalen Berufsfachschule habe ich erlebt, dass sich Schulleitende sukzessive aus dem Unterricht zurückgezogen haben – offiziell aufgrund zunehmender bürokratischer Überlastung. Die Lehrerschaft ihrerseits hat diesen Rückzug in Form einer zunehmenden Administrativ- und Kontrollkultur zu spüren bekommen, und es wurde deutlich, welche Kluft und Entfremdung an Bildungsstätten entsteht, wenn die Leitungsebene nicht mehr mit der Unterrichtsebene auf Augenhöhe korrespondiert.

Der Gipfel war, als an einer der Lernstätten vor über einem Jahrzehnt eine alljährlich stattfindende Benotung und Kompetenzbewertung der Lehrkräfte durch die Schülerschaft (sic!) eingeführt wurde – vollzogen von einer teuren externen Firma. Verkauft wurde dies als Schritt zur «Gewährleistung höherer Schulqualität».

Besonders unter den jüngeren Lehrpersonen hat dieses Benotungssystem grosse Ängste und regelrechte Panik ausgelöst – trotz Versicherung von oben, dass man in der Schulleitung keinerlei Einsicht in die Ergebnisse dieser Befragung habe…

Solche und ähnliche «Instrumente der Qualitätssicherung» haben nicht nur gemäss meinem Empfinden in einer sauberen und ehrlichen Schulkultur rein gar nichts zu suchen – sie sind repressiv und vertrauensfeindlich.

Forderung für eine gesunde, verschlankte und zukunftsträchtige Schule

Unsere Schulen sind ohnehin schon auf allen Ebenen stark gefordert – neben gesellschaftlichen Ansprüchen haben sich mittlerweile auch die profitorientierten Technologie-Giganten in den Schulstuben eingenistet und ziehen die Aufmerksamkeit der Lernenden magisch auf ihre nervösen Inhalte. Sie werden zur ernsthaften Bedrohung des analogen Unterrichts und verkürzen die ohnehin schon geringe Aufmerksamkeitsspanne noch zusätzlich. Das ist besorgniserregend. Besonders stossend in diesem Kontext: Ihre eigenen Kinder schicken die Tech-Tycoons meist an herkömmliche Schulen ohne Zugang zum Internet…

Wohlgemerkt: Es geht nicht um ein Zurückdrehen der Geschichte und nicht um die Abschaffung digitaler Medien an den Schulen, aber sehr wohl um deren strikte Einhegung. Im sicheren Wissen darum, dass Aktivismus an diesen Geräten durch Wisch- und Tippbewegungen nicht nachhaltig ist. Die echten Spuren im Gehirn werden durch die Rückbesinnung auf herkömmliches Schreiben, Lesen und Rechnen mit und auf Papier gelegt – und dazu braucht es viel Zeit und Musse und genauso viel Beziehungsarbeit, aber sicher kein überzüchtetes Bildungsmonitoring und zuallerletzt das auf unteren Schulstufen völlig deplatzierte SOL (selbstorganisiertes Lernen).

Genau da muss eine fruchtbare Schulpolitik ansetzen: Sie muss sicherstellen, dass Schulleitende auf allen Stufen zwingend noch einige Lektionen unterrichten und so am Puls des Geschehens bleiben. Nur dies garantiert das Verständnis für die echten Probleme an der Basis. Das heisst auch, dass Schulleitungen ohne Unterrichtsbefähigung nichts in diesem schwierigen Metier verloren haben.

Fazit

Wenn Leitungspersonen von Funktionären wieder zu aktiven und motivierten Lehrerinnen und Lehrern würden, lösten sich viele Probleme von selbst, der bürokratische Überbau würde sich auf natür-

liche Weise massiv verkleinern. Dann wäre es auch möglich, einen an sich noch immer äusserst sinnvollen Beruf wieder attraktiver zu machen, und es wäre wieder ein kompetenter, mit Verve geführter Unterricht denkbar, dessen seriöse Vorbereitung allein schon eine Kunst für sich ist.

Anton Zangerl, Lehrmittelautor

Zürich will Lehrkräfte ohne Diplom bis zu drei Jahre unterrichten lassen

Tages-Anzeiger online, 9. November 2026

Der Kantonsrat stimmt in erster Lesung für längere Einsätze bei Lehrermangel. Wer ohne Lehrerdiplom unterrichtet, soll dafür Kurse an der Pädagogischen Hochschule besuchen.

Der nächste Lehrermangel kommt bestimmt: Aus diesem Grund hat der Zürcher Kantonsrat am Montag in erster Lesung beschlossen, dass «Poldis» – Personen ohne Lehrerdiplom – künftig bis zu drei Jahre unterrichten dürfen. Voraussetzung ist, dass sie eine Weiterbildung besuchen.

«Wie schnell sich die Zeiten doch ändern», sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) zum «Poldi»-Geschäft, das am Montag behandelt wurde. Vor zwei Jahren, als die Parlamentarische Initiative von Grünen, FDP, GLP und AL eingereicht wurde, waren viele Gemeinden noch händeringend auf der Suche nach Lehrerinnen und Lehrern.

Mittlerweile ist die Situation entspannter. Der Lehrermangel gilt offiziell als behoben, die Zahl der Neueintritte an der Pädagogischen Hochschule stieg zudem um 15 Prozent. Die «Poldis» braucht es nicht mehr. Seit August dürfen Gemeinden sie deshalb nicht mehr einsetzen.

«Der nächste Lehrermangel kommt bestimmt»

«Aber nach dem Lehrermangel ist vor dem Lehrermangel», sagte Hanspeter Hugentobler (EVP, Illnau-Effretikon). Andere Fraktionen teilten diese Ansicht. «Der nächste Lehrermangel kommt bestimmt», sagte Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten).

Deshalb diskutierte das Parlament trotzdem über das von der Realität überholte «Poldi»-Geschäft. Dieser Vorstoss beinhaltet, dass «Poldis» künftig drei Jahre in der gleichen Gemeinde unterrichten können, sofern sie Kurse an der Pädagogischen Hochschule besuchen. Diese Kurse sollen ihnen angerechnet werden, wenn sie dereinst doch noch die normale Lehrerausbildung machen.

«Gemeinde-Hopping» war nicht optimal

Bisher mussten «Poldis» nach einem Jahr die Gemeinde verlassen, sofern sie nicht die reguläre Ausbildung begannen. Das Resultat: «Gemeinde-Hopping» für die «Poldis», administrativer Aufwand für die Gemeinden und häufige Lehrerwechsel für die Schülerinnen und Schüler.

Mit 124 zu 47 Stimmen hiess das Parlament die Verlängerung von einem auf drei Jahre deshalb gut und verankerte dabei eine Weiterbildungspflicht. «Wir haben lieber eine Lehrperson, die etwas we-

niger fähig ist, als gar keine», sagte Marc Bourgeois (FDP, Zürich). Und wenn schon etwas weniger fähig, dann dafür «mit Konstanz». Die häufigen Wechsel seien nicht optimal gewesen.

Lehrerteams mussten «Poldis» auffangen

Für die Grünen ist die Verlängerung auf drei Jahre «pragmatisch und ausgewogen», wie es Livia Knüsel (Schlieren) ausdrückte. Positiv sei, dass die «Poldis» neu eine Weiterbildungspflicht hätten. Bei der alten ein-Jahres-Regelung gab es diese nicht. Häufig hätten die Lehrerteams die «Poldis» auffangen und unterstützen müssen. «Vieles blieb an ihnen hängen», sagte Knüsel.

Gegen die neue Drei-Jahres-Regelung waren SP und Mitte. Statt die Probleme anzugehen, werde eine Notlösung verlängert, sagte Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen). «Was passiert denn nach drei Jahren, wenn die Person weiterhin keine Ausbildung begonnen hat?" Eine Trennung nach drei Jahren sei noch belastender als nach einem.

Die Mitte erinnerte daran, dass «alle Schüler das Recht auf qualitativ guten Unterricht» hätten. Mit der neuen Regelung könnten Klassen aber über mehrere Jahre von Personen ohne Ausbildung unterrichtet werden, sagte Kathrin Wydler (Wallisellen).

Steiner: «Beruf wird abgewertet"

Gegen die Verlängerung auf drei Jahre war auch Bildungsdirektorin Steiner. Wenn Personen ohne Lehrerdiplom über eine längere Zeit unterrichten dürften, werte das den Beruf ab, sagte sie. Eine Notlösung dürfe nicht zu einem Standard werden.

Die Mehrheit entschied anders. Die Vorlage geht nun in die Redaktionskommission und kommt in etwa vier Wochen für die Schlussabstimmung erneut ins Parlament.

Alles, was Schüler über KI wissen sollten

NZZ, 12. November 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Die Stadt Zürich lanciert eine Plattform für und über künstliche Intelligenz im Unterricht

Da kommt etwas zu auf die Schülerinnen und Schüler. Und auf die Lehrerschaft. Und auf die Eltern. In der Stadt Zürich und draussen im Kanton. Und anderswo in der Deutschschweiz. Ja, eigentlich auf dem ganzen Planeten.

Doch an diesem Mittwochnachmittag geht es zunächst um Kinder und Jugendliche, die in der Stadt Zürich die Volksschule besuchen. Und das, was auf sie zukommt, ist schon längst da: Künstliche Intelligenz hat den digitalen Raum in kurzer Zeit auf den Kopf gestellt, auch an Primar- und Sekundarschulen. Bei Hausaufgaben, Recherchen, Texten und kleineren Projekten sind Chatbots und KI-Agenten kaum mehr wegzudenken, auch wenn manche Lehrer und Eltern es vielleicht gerne anders hätten. Aber das geht nun einmal nicht.

Grau wird bunt

Oder wie der grüne Schulvorsteher Balthasar Glättli vor den Medien und vielen Bildungsinteressierten in Zürich sagte: «Jeannie ist aus der Flasche.» KI wird nicht verschwinden. In der Schule nicht und sonst auch nicht. Doch in der Volksschule kann sich die Stadt Zürich immerhin ins Zeug legen und versuchen, Kinder und Jugendliche (und ihre Lehrer und Eltern) bei einem sinnvollen Umgang mit KI zu unterstützen. Und das haben Glättlis Schulamt und der private Zürcher Think-Tank Wire in den vergangenen Monaten getan.

Die bunte Plattform, die die beiden Partner am Mittwoch lanciert haben, kann sich sehen lassen. Dies umso mehr, als die Website vor dem Hintergrund eines grauen Postulats entstanden ist, das die beiden SP-Gemeinderäte Florian Blättler und die im August zurückgetretene Rahel Habegger 2023 eingereicht hatten. Die Stadt solle eine Strategie zum «ethisch-bewussten Umgang mit KI-Systemen an Schulen» entwickeln. Es gelte, «Kenntnis der Verwendungsmöglichkeiten» und das «Wissen um mögliche systematische Verzerrungen» zu vermitteln, heisst es in dem Vorstoss.

Mensch, denk nach!

Herausgekommen ist (zum Glück) kein weiteres Handbuch für Schüler und Lehrer oder eine lange Liste von Dos und Don’ts, sondern ein Online-Tool, das Lust machen soll, sich durchzuklicken. Die Plattform nennt sich «KI-Playbook» und bietet eine Fülle von Informationen, Videos von Schülern und Lehrlingen zum Umgang mit KI sowie Übungen, die jungen Nutzern die wohl wichtigsten Prinzipien von künstlicher Intelligenz in der Schule näherbringen sollen: Antworten von Chatbots, von der Maschine geschriebene Texte, innert Sekunden zusammengetragene sogenannte «Fakten» am Bildschirm oder am Smartphone können Fehler enthalten.

Daher, so wurde Glättli in einer knapp zwanzigminütigen Rede bewundernswerterweise nicht müde zu betonen, sollten sich die Schülerinnen und Schüler immer wieder an folgende drei Grundpfeiler erinnern: zuerst selber nachdenken, dann KI zur Unterstützung nutzen und dann – vielleicht die Kernaufgabe des Menschen im KI-Zeitalter überhaupt – die Ergebnisse überprüfen, statt sie für bare Münze zu nehmen.

So verkopft das klingen mag: Das «KI-Playbook» des Stadtzürcher Schulamts will seine User da abholen, wo sie stehen im Leben. Man kann mehrere Dutzend «Karteikarten» anwählen. Zum Beispiel diese: «Fakten checken: Wie du verhinderst, dass KI dir Unsinn erzählt» Die kurzen Erläuterungen dazu sind griffig geschrieben, auch wenn bequeme Schüler vielleicht nichts damit anfangen können: «Überlege, ob die Antwort stimmen kann», steht da beispielsweise. Oder: «Sprich mit Freunden, Lehrern und Familie, was stimmen kann.» Oder, sehr klassisch: «Um etwas Grundsätzliches zu lernen, sind Bücher immer noch die beste Quelle.»

Die Antworten vermitteln auch grundsätzliches Wissen über Bots und automatische Chats. So erfährt man bei «Fakten checken»: «Die Antworten von KI basieren auf den Texten, die sie gelesen hat, oftmals im Internet. Ist das, was dort steht, falsch, stimmt auch die Antwort von KI nicht.» Oftmals stellten die Bots Zusammenhänge her, die so gar nicht existierten. Nutzer des städtischen Playbooks erfahren auch, wie sie KI-Modelle herausfordern können. Wie ihnen Bots bei der Lehrstellensuche helfen können – und wie nicht. Was andere Jugendliche mit KI gemacht haben. Wie sie mit Chatbots ihrer Wahl (die Website verzichtet bewusst darauf, bestimmte KI-Anbieter zu empfehlen)

herausfinden können, welche Daten sie im Netz hinterlassen: «Was deine Lieblings-Apps über dich wissen».

Die Website ist kostenlos, und man muss sich auch kein Konto anlegen, um sie nutzen zu können. KI-affine Lehrer und solche, die es werden wollen, können die Plattform ab sofort einsetzen, um damit zu üben mit ihren Schülern. Natürlich auch ausserhalb der Stadt Zürich und in anderen Kantonen. Im Kanton Bern habe sich das Zürcher Projekt schon herumgesprochen, hiess es am Mittwoch unter den Anwesenden der Medienkonferenz. Und auch das kantonale Volksschulamt habe bereits Interesse gezeigt.

Und: Die Plattform soll weiterentwickelt und als partizipatives Projekt von unten mit weiteren Tipps und Inhalten aus dem Schulalltag gefüttert werden. Einzig die Jugendlichen, die am Aufbau ebenfalls beteiligt waren, konnten nicht befragt werden. Sie haben ihren Auftritt bei Glättlis Präsentation abgesagt, da sie die Sekundarschule in der Zwischenzeit bereits verlassen haben.

Veranstaltungshinweis

Lernen in Beziehungen –Das Gehirn als Beziehungsorgan

Mittwoch,9. Dezember, 2026 , 18:30 – 20:30,
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft

Mittwoch, 9. Dezember 2026, 18:30 – 20:30 Uhr

Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59
(beim Bahnhof)
9000 St. Gallen: grosser Plenarsaal, Parterre

Referent

Prof. Dr. med. Dr. phil. Thomas Fuchs (Universität Heidelberg)

Einführung

Prof. Dr. med. Jürg Barben

Mehr…


